

Für ein Europa in besserer Verfassung

(Fortsetzung von Seite 1)

Nachdem der erste Anlauf für eine „Europäische Verfassung“ in Volksabstimmungen gescheitert ist, benennt man es in „Reformvertrag“ und beschließt es ohne die Bürger zu fragen einfach nochmal.

Dieser Vertrag droht neben dem Kapitalismus auch eine Aufrüstungspflicht verfassungsmäßig zu verankern: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“. Bereits 2007 sprach Dieter Dehm, Europapolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bund, daher von einer „Tendenz zu weltweiten Militärinterventionen“.

„Es bedarf eines neuen, entmilitarisierten Vertrages, der die sozialen und demokratischen Interessen der Bevölkerungsmehrheit in den Mittelpunkt stellt.“ fordert Tobias Pfleger, wieder Kandidat für das Europäische Parlament für DIE LINKE. Gebt den Menschen die Chance nein zu sagen zu diesem Reformvertrag und ja zu einem demokratischeren, friedlicheren und sozialeren Europa in besserer Verfassung. Für eine echte Europäische Union der Menschen mit einem starken Europäischen Parlament, Europäischen Volksentscheiden und einer Europäischen Wirtschaftsregierung anstatt einer Wirtschaft, die Europa regiert. *M.P.*



Wählen gehen.

Für soziale Gerechtigkeit:

DIE LINKE wird durch Plakate und unsere Zeitung „Lüne Links“ gut wahrgenommen. Am Infostand in der Bäckerstraße waren viele Leute, auch von denen man das nie gedacht hätte, den Linken gegenüber wohlwollend aufgeschlossen. Höhepunkt unseres Europawahlkampfes wird die Europawahlparty am 04. Juni 2009 in der Lüneburger Wunderbar sein. DIE LINKE dankt allen Helfern und Unterstützern. Und denkt am 7. Juni daran:

Wählen gehen: Für soziale Gerechtigkeit! Wer nicht wählt, kann auch nichts ändern. Bitte gehen Sie am Sonntag, den 7. Juni wählen und versuchen auch Verwandte, Freunde und Bekannte zu überzeugen, wählen zu gehen und DIE LINKE zu wählen.

Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für soziale Gerechtigkeit! R.P.

Impressum: Redaktion: Rainer Petroll, Michèl Pauly, Alexander Block, Jörg Venderbosch Malte Riechey; V.i.S.d.P.: Michèl Pauly, Blücherstr.1, 21335; Layout: Maren Lange

- Bitte schicken Sie mir Informationen über DIE LINKE.
- Ich möchte zum nächsten Treffen der Linken eingeladen werden
- Ich möchte Mitglied werden.

Informationen an mich bitte
 per E-Mail per Post

Absender:
 Name _____
 Vorname _____
 Straße/Nr. _____
 PLZ/Ort _____
 Telefon _____
 E-Mail _____

Coupon einsenden an:
 DIE LINKE, KV Lüneburg, c/o Martin Nass,
 Katharinenring 17, 21409 Embsen
 E-Mail: martin.nass@t-online.de

Mitmachen!

DIE LINKE.



Ausgabe 4 / Mai 2009
 www.dielinke-lueneburg.de

Privatisierungswahn in Lüneburg

Straßenbeleuchtung, Anna-Vogelei-Seniorenzentrum, Musikschule, Sporthalle Kreideberg: Unser begeisterter Privatisierer Oberbürgermeister Ulrich Mädge ist nicht zu stoppen: Als Rettung aller Finanzprobleme preist er „Public-Private-Partnership“ (PPP) zu deutsch „Öffentlich-Private-Partnerschaft“ an.

Das PPP-Beschleunigungsgesetz von 2005 ist wie die Reform der Sozialsysteme Teil der Agenda 2010. „Bei einem PPP Projekt haben alle ihre Vorteile“ so OB Mädge im Stadtrat. Dass an PPP

 **Vorteile für alle!** jedergewinne, ist natürlich ein Märchen. Wo Gewinner sind, sind immer auch Verlierer.

Manche Vorgänge kann man nur verstehen, wenn man fragt, wer verdient daran? Oft ist PPP wie ein troyanisches Pferd und verankert private Unternehmen dauerhaft in staatlichen Bereichen. Unter dem Vorwand zu hoher Verschuldung werden sie für kommunale Baumaßnahmen herangezogen.

Mehr auf S. 3

Kommunalisierung von Strom und Gas

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat wurde von SPD/CDU und FDP abgelehnt. Wie es zu dieser Entscheidung gegen die Lüneburger Bürger kam? **Mehr auf Seite 3.**

Sabine Lösing ins Europäisches Parlament!

Sabine Lösing aus Göttingen ist Europakandidatin der LINKEN. Die Sozialarbeiterin und Sozialtherapeutin betont: „Auch auf europäischer Ebene möchte ich die Menschen statt die Interessen der Konzerne in den Mittelpunkt stellen, mich für ein friedliches und soziales Europa einsetzen.“ **Mehr auf Seite 4**



DIE LINKE. verhindert Sparkassenfusion

Mit einer Stimme Mehrheit hat der Stadtrat Lüneburg die Fusion der Lüneburger Sparkasse mit der Sparkasse Harburg-Buxtehude in letzter Minute abgelehnt.

Erstmals gaben damit die Stimmen der beiden Linken Stadträte den Ausschlag. Der Sparkasse bleibt damit unnötiges Risiko erspart. Mit den Linken zusammen stimmten FDP, Grüne und eine Mehrheit der CDU. Ratsherr Malte Riechey (DIE LINKE.) wies auf die Tatsache hin, dass die Hälfte dieser Fusionen scheiterte und sagte: „Größe bedeutet nicht automatisch Qualität“. Ohne Not sollte eine kerngesunde Sparkasse höchsten Risiken ausgesetzt werden.

Aufgabe einer Sparkasse ist es und muss es bleiben, sichere Spareinlagen für Bürger und Kredite für die lokale Wirtschaft bereitzustellen. Eine fusionierte Großsparkasse hätte sich hingegen ins globale Streben nach maximalen Renditen begeben müssen. Langfristig wären Bürgernähe und das dichte Filialnetz bedroht gewesen. Die abgewendete Fusion bedeutet auch, „Die Sparkasse“ muss keine neuen EC-Karten und Kontodaten verschicken. Das spart Millionen und Sparkassenkunden behalten ihre Bankleitzahl.

Übrigens: Den Vorsitz im Verwaltungsrat der neuen Großsparkasse hätte Oberbürgermeister Ulrich Mädge bekommen. *M.P.*



Die Stimme von Ratsherr Kay-Ralf Kunath (mitte) entschied



Lasst die Menschen entscheiden!

DIE LINKE fordert Volksabstimmung über europäisches Vertragswerk. Trotz eines „Non“ der Franzosen, eines „Nee“ der Niederländer und zuletzt eines „No“ der Iren soll der Prozess der Ratifizierung des Lissabonvertrags weiter gehen.

In Deutschland könnte dieser Vertrag das Grundgesetz zur Fußnote degradieren und den Kapitalismus verfassungsmäßig festschreiben. Die Möglichkeit, jede von den Bürgern erwünschte Wirtschaftsordnung politisch umzusetzen, würde ersetzt durch den „...Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb...“. In Frankreich musste extra die eigene Verfassung geändert werden, damit dem in einer Volksabstimmung ausgedrückten Wunsch der Bürger zuwider gehandelt werden und der Reformvertrag durch das französische Parlament allein verabschiedet werden konnte. In Deutschland sollen wir gar nicht erst gefragt werden. **Ein Skandal findet DIE LINKE. und fordert: Lasst die Menschen abstimmen!**

(mehr zum Reformvertrag von Lissabon auf Seite 4)

Leidet Kultusministerin an „Realitätsverlust“?

Matthias Orlikowski, stv. Stadtschülerratsprecher von Lüneburg im LÜNE LINKS-Interview:

Wie verlief das Treffen mit Frau Heister-Neumann (CDU) und was hat sich seit dem verändert?

Als Ergebnis des Gesprächs ist der Eindruck entstanden, dass man im Kultusministerium an weitgehendem Realitätsverlust leidet. Es werden fragwürdige oder zu kleine Hilfsmaßnahmen beschlossen und als großer Wurf verkauft. Dass die an der Realität in den Schulen so gut wie nichts ändern, sieht die Ministerin nicht. Sie lässt sich dadurch auch von Tatsachenberichten der Schüler, wie es vor Ort aussieht, nicht beeindrucken.

Was sind eure Forderungen?

Kleinere Lerngruppen mit maximal 20 Schülern, volle Unterrichtsversorgung um gut auf die zentralen Prüfungen vorbereitet zu sein, eine umfassende Demokratisierung der Bildungseinrichtungen sowie die Einrichtung von vollwertigen

Ganztagsschulen. Mit der G-8 Katastrophe muss Schluss sein. Bildung ist Menschenrecht! Der Zugang zu ihr darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deshalb: Abschaffung von Kitagebühren, Büchergeld und Stundengebühren!

Gab es von Seiten des Ministeriums Repressionen gegen Schüler, die sich am Streik beteiligten?

Es gab punktuelle Repressionen gegen streikende Schüler aber im Großen und Ganzen verlief das sehr gut für uns. Allerdings hat das Kultusministerium eine Mitteilung an alle Schulleiter ausgegeben, die besagt, dass eine Beteiligung am Streik illegal sei. Das ist ein Unding. Für seine Rechte, besonders als Betroffener, einzutreten, ist Grundrecht und gehört zur Bildung eines mündigen Bürgers dazu.

Wie kann die Partei DIE LINKE. euch unterstützen im Kampf für bessere Bildung?

Die bildungspolitischen Ziele des Bündnisses und der Linken sind sehr ähnlich,

allerdings müssen Gruppen wie die Linksjugend Solid' auf Transparenz und Kommissbereitschaft zu anderen Bündnispartnern achten.

Dennoch unterstützen uns die Solid-Gruppen aktiv auf ganzer Ebene.

Wie soll es jetzt weitergehen?

Das Bündnis plant eine Bundesaktionswoche für die 3. Juniwoche. Da soll es weitere Schulstreiks geben, Nachmittagsdemonstrationen besonders für Lehrer und Eltern, sowie Informations- und Bildungsveranstaltungen. Wir als Bündnis haben einen langen Atem und sind besser organisiert als in den letzten Jahren. Wir hoffen deshalb, dass Bildung anders wahrgenommen wird und nicht nur explizit Ausbildung für den Arbeitsmarkt beinhaltet. Die Schulbildung darf nicht einer Verwertungslogik unterworfen werden, sondern muss auch mündige und engagierte BürgerInnen hervorbringen. Ohne die kann Demokratie nicht gelingen.

Das Interview führte: Alexander Block



5000 SchülerInnen folgten dem Aufruf des Schulstreik-Bündnisses in Lüneburg vor einem Jahr.

Wussten Sie schon, dass ...

► ...DIE LINKE. die Gemeindefusion Amt Neuhaus, Dahlenburg und Bleckede kritisiert und einen Bürgerentscheid fordert?

► ...Bürgermeister Mäde stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat von E.ON AVACON ist?

► ...E.ON Avacon mit 49% größter privater Anteilseigner der Luna GmbH ist, die gerade die Lüneburger Lampen übertragen bekommen hat?

► ...Familienministerin von der Leyen (CDU) bekannteste Lobbyistin für das Pferdesportzentrum

Kurt Herzog, Landtagsabgeordneter aus Dannenberg:

„Gutachten für Atomendlager Gorleben war Gefälligkeitsgutachten“

Hannover. Nach Ansicht der LINKEN im Landtag war die Entscheidung zur Endlagererkundung im Salzstock Gorleben unseriös. Kurt Herzog, Umweltexperte der Fraktion, führt den damaligen Abteilungsleiter der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt an: „PTB-Abteilungsleiter Prof. Röthemeyer hat jetzt zugegeben, dass das Gutachten zugunsten Gorlebens quasi auf Weisung zustande kam.“ Die Forscher seien 1983 von der Bundesregierung dazu gedrängt

worden, ihre Bewertung zugunsten Gorlebens zu ändern. DIE LINKE. fordert daher: Die Arbeiten in Gorleben müssen endgültig aufhören und eine wissenschaftliche Endlagersuche beginnen. *R.P.*



(Fortsetzung von Seite 1)

Privatisierungswahnsinn

Oft wird erzählt, ein Mietvertrag mit Privaten wäre am Ende der Laufzeit billiger als selbst zu bauen.

Aber: Der Investor baut zu ca. 90% mit Kredit. Über die Miete müssen Zinsen, Risikozuschlag und Gewinn finanziert werden. Das wird fast immer teurer, als wenn die Stadt selber gebaut hätte. Verschwiegen wird auch, dass Tochtergesellschaften großer Unternehmen ein Steuersparmodell sind. Was sie sparen, zahlen wir Bürger. Die Politik fördert damit also nicht die Entschuldung des Staates, sondern langfristig das Gegenteil. In Berlin und Hannover bestehen längst von Lobbyisten durchsetzte „PPP-Task-Forces“ mit Vertretern der Kreditwirtschaft, für die PPP die einzige Option darstelle. Kein Wunder, dass Stadträte von SPD, CDU und FDP ängstlich zum Minister aufschauen, unter dem Motto: „Was der fördert, kann doch nicht falsch sein.“ **Verlierer sind die steuerzahlenden Bürger, Gewinner die Investoren. Die Stadt garantiert den neuen Eigentümern einen risikolosen, dauerhaften Gewinn.** *R.P.*

Naziaufmärsche verhindern!

Durch eine Sitzblockade auf der Stintbrücke wurde am Ostersonntag ein Naziaufmarsch verhindert. DIE LINKE., die mit zur Demo aufrief, fordert Straffreiheit für die Teilnehmer dieser legitimen Blockade.

Lüneburg do it again! Am 23.05. wollen wieder Nazis durch unsere Stadt ziehen. Das Bündnis für Demokratie ruft alle LüneburgerInnen auf, am Samstag, 23. Mai um 11 Uhr am Bahnhof wieder ein wirksames Zeichen zu setzen.

Keine Naziaufmärsche hier und anderswo! *J.V.*



Schutzschirm für Menschen!

In Lüneburg verteilt DIE LINKE. vor der ARGE und vor dem von Kurzarbeit betroffenen Betrieb „Johnson Control“ den bundesweiten Aufruf „Schutzschirm für Menschen“. In ihm werden Sofortmaßnahmen gegen die Krise, etwa ein großes Konjunkturprogramm, ein Mindestlohn von mindestens 8,71 Euro, eine längere Bezugsdauer

des Arbeitslosengeldes I, eine Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes und die Schaffung zusätzlicher, unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst, gefordert. Finanziert werden soll dies durch eine höhere Besteuerung großer Einkommen und Vermögen durch eine Millionärs-abgabe von 5%. *J.V.*

Die Linke fordert:

Kommunalisierung von Strom- und Gasversorgung

SPD/CDU und FDP trafen am 04.12.2008 eine folgenreiche Entscheidung. Der Rückkauf des Strom- und Gasnetzes von E.ON Avacon ist abgelehnt. Malte Riechey (DIE LINKE.) sah vor Allem die Darstellung der Stadtkämmerin kritisch. Sie argumentiere unter dem Motto: „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing“ als verlängerter Arm Mädes. Die 14 Mio. Euro Einnahmen kommunalisierter Stadtwerke wurden von ihr nicht erwähnt. Davon wären Kosten und Zins finanzierbar. Bürger würden vor Abzocke geschützt. Dass es geht, zeigt Springe. Die Stadt mit CDU Bürgermeister hat im Juni 2008 das Stromnetz für 20 Mio. Euro von E.ON gekauft. Und unsere große Lüneburger Koalition? Sie hat auf der gleichen Sitzung noch eins drauf gesetzt. **„Neuabschluss Konzessionsvertrag mit E.ON Avacon über 15 Jahre“** Mit dem Monopolisten wurde ein Vertrag für Strom und Gas über 15 Jahre geschlossen. E.ON ist als börsennotiertes Unternehmen dem Gewinn verpflichtet. Kommunale Stadtwerke dagegen könnten die Bürger mit kostengünstiger Energie versorgen ohne

Abzocke der Energiekonzerne stoppen! Stadtwerke in Bürgerhand! ABGELEHNT!

32. DEZEMBER 2008

Linker Antrag im Stadtrat öffentliche Ratssitzung Do., 04.12.2008 17 Uhr

www.DieLinke-Stadtrat.de

DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat Lüneburg

...von SPD, CDU und FDP

Unabhängige oder gekaufte Politik?

Seit dem Jahr 2000 hat die E.ON AG 700.000 Euro an folgende Parteien gespendet:

- SPD: 300.000 Euro
- CDU: 300.000 Euro
- FDP: 100.000 Euro

Quelle: Bundestagspräsident

dass Aktionären etwas abgegeben werden muss. Übrigens: „E.ON Avacon Aufsichtsratsmitglied OB Mäde wurde in einen weiteren Aufsichtsrat des Gesamtkonzerns E.ON Vertrieb berufen“. *R.P.*